Michael Gemperle/Peter Streckeisen

Der Bologna-Prozess als Kristallisationspunkt neoliberaler Umgestaltung der schweizerischen Hochschulen

Auch wenn das Land nicht Mitglied der Europäischen Union ist, fand die Bologna-Erklärung in der Schweiz schneller Anwendung als in manchem Mitgliedsland. Diese auf den ersten Blick vielleicht überraschend anmutende Beobachtung zeugt davon, dass mit dem europäischen Hochschulraum ein neues Kapitel in der Geschichte der selektiven Teilnahme des Landes am europäischen Integrationsprozess geschrieben wird. Bereits seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs wollten die wirtschaftlichen und politischen Eliten in der Schweiz stets möglichst viel politische Unabhängigkeit wahren und sich zugleich intensiv an der wirtschaftlichen Integration Europas beteiligen.[1] So nahm die Schweiz nicht am politischen Prozess der Entstehung der Europäischen Gemeinschaft teil, wollte aber beim wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas mit Ressourcen aus dem Marshall-Plan nicht abseits stehen und trat deshalb 1963 der OECD bei. Nachdem 1992 der Beitritt der Schweiz zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) in einer Volksabstimmung abgelehnt worden war, handelte der Bundesrat sieben bilaterale Verträge mit der Europäischen Union aus, die 1999 unterzeichnet wurden. Ein Vertrag regelt die Teilnahme an europäischen Forschungsprogrammen.

Vor diesem Hintergrund können wir die Teilnahme der Schweiz am Bologna-Prozess nicht als selbstverständlich betrachten. Wenn es ihnen nützlich erschien, haben die politischen Führungskräfte dieses Landes immer wieder auf Entwicklungen in der Europäischen Union verwiesen, um die Unumgänglichkeit gewisser Massnahmen – so etwa die Privatisierung öffentlicher Dienste – zu propagieren. Das hinderte sie nicht daran, in anderen Fällen den Unabhängigkeitswillen der Bevölkerung anzurufen, etwa um sich gegen europäische Angriffe auf das Bankgeheimnis zur Wehr zu setzen. Wir müssen verstehen, warum sich die Behörden (und die Wirtschaftsverbände) in der Hochschulpolitik nun so europäisch geben, während in anderen Politikbereichen der schweizerische Weg beschworen wird. Unsere Untersuchung zeigt, dass in der Schweiz die Impulse zu den hochschulpolitischen Reformen nicht von der Bologna-Erklärung ausgingen. Vielmehr passte „Bologna" gut in ein bereits begonnenes Reformprogramm und dient nun als Legitimationsbezug und Katalysator, um

1 Vgl. *Hans-Ulrich Jost et al.*, Europa und die Schweiz 1945–50. Europarat, Supranationalität und schweizerische Unabhängigkeit. Lausanne 1999.

dieses weiter voran zu treiben. „Bologna" wirkt eher als Label denn als ein konkretes Bündel von Maßnahmen.[2] Der nationale Kontext bleibt nicht nur für politische Stellungnahmen, Interessensunterschiede und Auseinandersetzungen maßgeblich, sondern auch für die Umsetzung internationaler Abkommen.[3]

Die Bologna-Erklärung traf in der Schweiz auf eine spezifische politische Konstellation, die in dreifacher Hinsicht eine rasche Aneignung und Umsetzung begünstigt hat. Zum einen hatten einflussreiche Persönlichkeiten aus dem Unternehmerlager in der ersten Hälfte der 1990er Jahre eine neoliberale Reformagenda skizziert, die darauf abzielt, den Hochschulsektor zu deregulieren und stärker in den Dienst der Privatwirtschaft zu stellen. Zum anderen erfuhren die Kompetenzen der zentralen Hochschulbürokratie im föderalistischen System neu eine Stärkung. Schließlich sorgte eine seit Mitte der 1970er Jahre anhaltende Unterfinanzierung der Hochschulen dafür, dass kantonale Behörden (die meisten Hochschulen haben eine kantonale Trägerschaft) und Hochschulleitungen willig waren, die gewünschten Änderungen umzusetzen, wenn der Bund endlich wieder einmal mehr Geld zur Verfügung stellen würde. Der Bologna-Prozess passte gut in eine Schnittfläche von Unternehmens- und Behördeninteressen, die vor allem auf zwei Problemstellungen hin konvergierten. Auf dem Spiel stand zum einen eine Reform der Berufsbildung, durch die der Trend hin zu allgemein bildenden Wegen gebrochen werden sollte. Zum anderen wurde das Ziel verfolgt, einen „Hochschulraum Schweiz" zu schaffen, in dem die einzelnen Bildungsinstitutionen in einen Konkurrenzkampf um Studierende und Ressourcen stehen. Nach der Umsetzung der Bologna-Erklärung verbleiben einige divergierende Ansichten zwischen Großunternehmertum und Bildungsbürokratie. Mit den Studierenden, Forschenden und Dozierenden meldeten sich zuletzt auch Akteure zu Wort, auf deren Interessen bei dieser hochschulpolitischen Umgestaltung bislang höchstens rhetorisch Bezug genommen wurde.

Soziale Reproduktion und Berufsbildungsreform

Ähnlich wie in Deutschland fand in der Schweiz die soziale Reproduktion der Elite gewöhnlich nicht (wie in Frankreich, Großbritannien oder den USA) an eigens dafür bestimmten Ausbildungsstätten statt, an denen eine relativ homogene und geschlossene Gruppe sich einen spezifischen Habitus aneignet.[4] Dennoch weist das schweizerische Hochschulsystem die Struktur eines Zweiklassensystems auf, das sich in einem doppelten Gegensatz nieder-

[2] Zur politischen Wirksamkeit der Polysemantik des universitären Reformdiskurses, siehe *Christian de Montlibert*, Universitätsreform und Begriffspolitik, in: Franz Schultheis/Marta Roca i Escoda/Paul-Frantz Cousin (Hrsg.), Humboldts Albtraum. Der Bologna-Prozess und seine Folgen. Konstanz 2008, 29–46.

[3] Dies dokumentieren auch die Erfahrungsberichte zu Universitätsreformen aus verschiedenen Ländern Europas in *Christophe Charle/Charles Soulié*, Les ravages de la 'modernisation' universitaire en Europe. Paris 2007; *Franz Schultheis/Marta Roca i Escoda/Paul-Frantz Cousin* (Hrsg.), Humboldts Albtraum (wie Anm. 2).

[4] Vgl. *Michael Hartmann*, Eliten und Macht in Europa. Ein internationaler Vergleich. Frankfurt/M. 2007.

schlägt: Zum einen stehen auf institutioneller Ebene den zwei Eidgenössischen Technischen Hochschulen (ETH) in Zürich und Lausanne zehn kantonale Universitäten gegenüber. Zum anderen kommt die staatliche Förderung vor allem den technischen und naturwissenschaftlichen Disziplinen zugute; die anderen Bereiche, allen voran die Sozial- und Geisteswissenschaften, werden stiefmütterlich behandelt. Diese beiden Oppositionen überlagern sich heute nur noch teilweise, da die kantonalen Universitäten im Verlauf des 20. Jahrhunderts selbst versucht haben, naturwissenschaftliche Bereiche zu profilieren, um mit den ETH um die Gunst führender Industriezweige zu rivalisieren.[5] Die seit etlichen Jahrzehnten bestehende Vormachtstellung der Ingenieurs- und Naturwissenschaften ist zwar weiterhin ungebrochen,.[6] der Graben zwischen gut und schlecht ausgestatteten Bereichen verläuft nun jedoch innerhalb der kantonalen Universitäten.[7]

Mit der Vormachtstellung der technischen und naturwissenschaftlichen Ingenieurbereiche einher geht die Tatsache, dass die ursprünglich vor allem im gewerblichen und handwerklichen Bereich verankerte duale Berufsbildung einen zentralen Pfeiler des helvetischen Kapitalismus darstellt. Das vor allem in der Zwischenkriegszeit und nach dem Zweiten Weltkrieg breit entwickelte System[8], bei dem der überwiegende Teil der Ausbildung im („Lehr"-)Betrieb stattfindet, stellte lange Zeit den Rahmen für die beruflichen Qualifikationen eines Großteils der Bevölkerung dar. Anfang der 1990er Jahre besuchten jeweils zwei Drittel bis drei Viertel der Jugendlichen nach Ende der obligatorischen Schulzeit eine Berufslehre oder einen ähnlichen Ausbildungsweg. Entsprechend niedrig blieb der Anteil der Hochschulabsolventen.[9] Doch dann geriet dieses System der Berufsbildung, das in der Schweiz ganz wesentlich die frühe Kanalisierung (*tracking*) der Berufswünsche und Lebens-

---

5 Zur Geschichte des Hochschulsystems vgl. *Hans-Ulrich Jost*, Sozialwissenschaften als Staatswissenschaften?, in: Claudia Honegger, et al. (Hrsg.), Konkurrierende Deutungen des Sozialen. Geschichts-, Sozial- und Wirtschaftswissenschaften im Spannungsfeld von Politik und Wissenschaft. Zürich 2007, 83–182.

6 Diese Konstellation erklärt mitunter, weshalb in der Schweiz eine Figur wie „Humboldt" im Kampf gegen „Bologna" – im Unterschied zu Deutschland – über verhältnismässig wenig hochschulpolitische Wirksamkeit verfügt.

7 Dies lässt sich an den erheblichen Unterschieden zwischen den Fachbereichen in den pro Student/in aufgewendeten Mitteln und dem Betreuungsverhältnis ersehen. Werden beide dieser Indikatoren in Kombination betrachtet, so standen sich im Jahr 2008 zwei Gruppen von Fachbereichen gegenüber: Die naturwissenschaftlichen und Ingenieur-Fachbereiche, in denen der Aufwand für die Grundausbildung mindestens 25.000 Franken beträgt und das Verhältnis zwischen Studierenden und akademischem Personal (in Vollzeitäquivalenzen) maximal 11:1 beträgt, einerseits, und die sozial- und geisteswissenschaftlichen Fachbereiche, in denen für die Grundausbildung höchstens 15.000 Franken zur Verfügung stehen und der Betreuungsschlüssel zwischen 18:1 und 28:1 liegt, andererseits (*Bundesamt für Statistik*, Kosten pro Student/in und Betreuungsverhältnis UH, 2008).

8 Zur Geschichte des dualen Systems in der Schweiz, siehe *Jean-Pierre Tabin*, Formation professionelle en Suisse: Histoire et actualité. Lausanne 1989.

9 Noch im Jahr 2007 wies das Schweizerische Bildungssystem mit einer Hochschulabsolventenquote von 31 Prozent im Vergleich zu anderen OECD-Ländern einen tiefen Wert auf (OECD-Durchschnitt: 56 Prozent), der inzwischen allerdings höher lag als in Deutschland (23 Prozent) und Österreich (22 Prozent), in denen die duale Berufsbildung ebenfalls seit Jahrzehnten strukturprägend ist (*OECD*, Bildung auf einen Blick. Paris 2009, 73).

entwürfe und damit zentrale Mechanismen der Reproduktion sozialer Ungleichheit strukturiert, in eine tiefe Krise. Erstmals seit der Zeit des Zweiten Weltkriegs breitete sich auf dem Arbeitsmarkt eine anhaltende strukturelle Erwerbslosigkeit aus, und vor diesem Hintergrund reduzierten die Betriebe die Zahl der Ausbildungsplätze (Lehrstellen) rasch und stark. Getragen von der zunehmenden Öffnung der Gymnasien wählten immer mehr junge Menschen aus nicht-akademischen Milieus allgemein bildende Wege: Während bis 1990 auf jeden frisch gebackenen Matura-Absolventen vom Gymnasium beinahe fünf Lehrabgänger kamen, waren es 2008 nur noch etwa drei (siehe Tabelle 1).

Tabelle 1: Die Krise der dualen Berufsbildung

	1985	1990	1995	2000	2005	2008
Maturitätszeugnisse	12.662	12.090	12.932	15.082	16.471	18.093
Fähigkeitszeugnisse	61.056	58.556	45.815	49.151	52.239	57.085

Quelle: *Bundesamt für Statistik*, Ausgewählte Bildungsabschlüsse, Entwicklung 1980-2008.

Die Zahl der Lehrabschlüsse sank innerhalb von fünf Jahren von 58.556 (1990) auf nur noch 45.815 (1995). Zugleich erhöhte sich die Studierendenzahl merklich. Die Eintrittsquote an den kantonalen Universitäten und ETH stieg von 11,4 Prozent eines Jahrgangs (1980) auf 14,2 Prozent (1990) und 18,1 Prozent (2000) deutlich an. Im Jahr 2000 erreichten die Frauen mit 18,1 Prozent auch erstmals eine höhere Eintrittsquote als die Männer (18,0 Prozent), während sie 20 Jahre zuvor noch deutlich im Rückstand gelegen waren (8,9 Prozent vs. 13,9 Prozent).[10] Auch der Anteil der Absolventinnen und Absolventen von Gymnasien, die mit dem Maturitätszeugnis direkt in den Arbeitsmarkt einsteigen, erhöhte sich von 19,0 Prozent (1980) auf 24,0 Prozent (2005).[11] Diese im internationalen Vergleich nachholende Zunahme der Studierendenzahlen verteilte sich keineswegs gleichmäßig auf alle Fachgebiete. Am stärksten betroffen waren zwischen 1980 und 2001 die Sozial- und Wirtschaftswissenschaften, in denen sich die Zahl der jährlichen Studienanfänger etwa verdreifachte.[12] Diese Entwicklungsdynamik erklärt einen Teil der Unterschiede bei der sozialen Herkunft der Studierenden. Während in der Medizin und Pharmazie annähernd 55 Prozent der Studierenden mindestens einen Elternteil mit Hochschulabschluss aufweisen, sind es in den Wirtschaftswissenschaften gut 40 Prozent und in den Sozial- und Geisteswissenschaften weniger als 40 Prozent. Ein Drittel der Studierenden in den Sozial- und Geisteswissenschaften hat

10 *Bundesamt für Statistik*, Eintrittsquoten UH auf Stufen Lizenziat/Diplom und Bachelor, 1980–2008.

11 *Bundesamt für Statistik*, Übertrittsquote gymnasiale Maturität – universitäre Hochschulen, Maturitätskohorten, 1980–2008.

12 *Bundesamt für Statistik*, Eintritte UH auf Stufen Lizenziat/Diplom und Bachelor, 1980–2008.

kein Elternteil mit nachobligatorischem allgemein bildendem Abschluss (in der Medizin und Pharmazie ist es ungefähr ein Viertel).[13]

Doch die Behörden wollten diesen Trend zu mehr Allgemeinbildung nicht unterstützten. Angestoßen unter anderem durch die Direktorenkonferenz der Ingenieurschulen (DIS), die eine Aufwertung des Status ihrer Ausbildungsanstalten einforderte, um den Verlust gut qualifizierter Arbeitskräfte einzudämmen,[14] reagierten die Bundesbehörden ungewohnt schnell auf diese Infragestellung des dualen Berufsbildungssystems. Unter Federführung des für die Berufsbildung zuständigen Bundesamtes, nicht etwa der wissenschaftspolitischen Organe von Bund, Kantonen und Universitäten, wurde umgehend die Schaffung von Fachhochschulen eingeleitet. Diese sollten gegenüber den Universitäten und Eidgenössischen Technischen Hochschulen eine andere Art von Hochschulen darstellen: Der behördliche Slogan lautet „gleichwertig, aber andersartig". Die meisten Fachhochschulen sind allerdings keine neuen Bildungseinrichtungen, sondern Zusammenschlüsse bestehender höherer Berufsschulen, die eine Aufwertung erfahren sollten. Damit wollten die Behörden „das Oberziel einer Plafonierung der Studierendenzahlen an den traditionellen Hochschulen (von ca. 15–20 Prozent der relevanten Altersjahrgänge) und einer Erhöhung der Studierendenzahlen an den Fachhochschulen"[15] erreichen, wie es in einer Botschaft des Bundesrats an das Parlament formuliert wurde.

Betrachten wir die Statistiken zur Entwicklung der Studierenden im tertiären Bereich, so wird deutlich, dass seither tatsächlich ein stark wachsender Anteil der Studierenden an Fachhochschulen eingeschrieben ist. Weniger als ein Jahrzehnt nach ihrer Schaffung beherbergen diese Schulen bereits rund die Hälfte aller Studienanfänger, währenddem der Anstieg der Universitätsstudierenden an der Jahrgangklasse seit Anfang der 2000er Jahre stagniert (s. Tabelle 2 und Grafik 1). Mit einem Wert von 17,8 Prozent lag die Quote der Studienanfänger im Fachhochschulbereich höher als in Deutschland (12 Prozent im Jahr 2006), wo diese Einrichtungen ein Vierteljahrhundert früher gegründet worden waren. Ein Teil dieser Dynamik an den Fachhochschulen ist dem Umstand geschuldet, dass nun Ausbildungen dem tertiären Bereich zugerechnet werden, die zuvor als Bestandteil des Sekundarschulbereiches II (höhere Berufsschulen) galten. Wenn wir diesen Aspekt berücksichtigen, lässt sich die Zahl der tatsächlich zusätzlich in tertiären Studiengängen befindlichen Studierenden auf 20.000 bis 25.000 Personen bzw. sechs bis sieben Prozent einer Jahrgangsklasse schätzen. Ist mit der Schaffung von Fachhochschulen in der Schweiz eine merkliche Erhöhung der Studierendenquote und Angleichung an das durchschnittliche OECD-Niveau erfolgt, so ist

13 *Bundesamt für Statistik*, Universitäre Hochschulindikatoren, soziale Herkunft der Studierenden UH, 2005.

14 Siehe besonders *Direktorenkonferenz der Ingenieurschulen*, Die Ingenieurschulen im Bildungssystem: Sechs Thesen. Bern 1990, 29: „Wirtschaft und Berufswelt sind darauf angewiesen, dass nicht nur junge Leute zweiter Garnitur eine Berufslehre absolvieren."

15 *Bundesrätliche Botschaft*, Universitätsförderungsgesetz (1998), 319. Diesbezüglich erhellend ist folgende Passage aus der Botschaft: „Es wird dabei entscheidend sein, dass die Berufsbildung – von der dualen Lehre über die Berufsmaturität zu den Fachhochschulen – stärker als bisher als Alternative zu den universitären Bildungsgängen wahrgenommen wird. Dazu ist eine Steigerung der Attraktivität der Berufsbildung notwendig."

dieser Anstieg deshalb aber nicht so umfangreich ausgefallen, wie es eine naive Lektüre der Statistik suggeriert.

Tabelle 2: Entwicklung tertiärer Studieneintrittsquoten. Vergleich Schweiz und Deutschland.

	1980	1985	1990	1995	1996	1997	1998	1999	2000
Universitäten CH	11.4	12.4	14.2	16.1	17.0	17.4	18.2	17.8	18.1
FH CH	-	-	-	-	-	5.6	7.4	8.2	9.6
Verh. UH-FH CH						3.11	2.46	2.17	1.89
Universitäten D				18			20	21	23
FH D				8			9	10	10
Verh. UH.-FH D				2.25			2.22	2.10	2.30

	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Universitäten CH	19.8	21.0	20.7	18.5	18.7	18.9	18.2	19.4
FH CH	10.9	14.4	14.8	15.6	16.9	16.5	17.6	17.8
Verh. UH-FH CH	1.82	1.46	1.40	1.19	1.11	1.15	1.03	1.09
Universitäten D	25	25	26	25	25	24	24	25
FH D	11	12	13	12	12	12	13	16
Verh. UH.-FH D	2.27	2.08	2.00	2.08	2.08	2.00	1.85	1.56

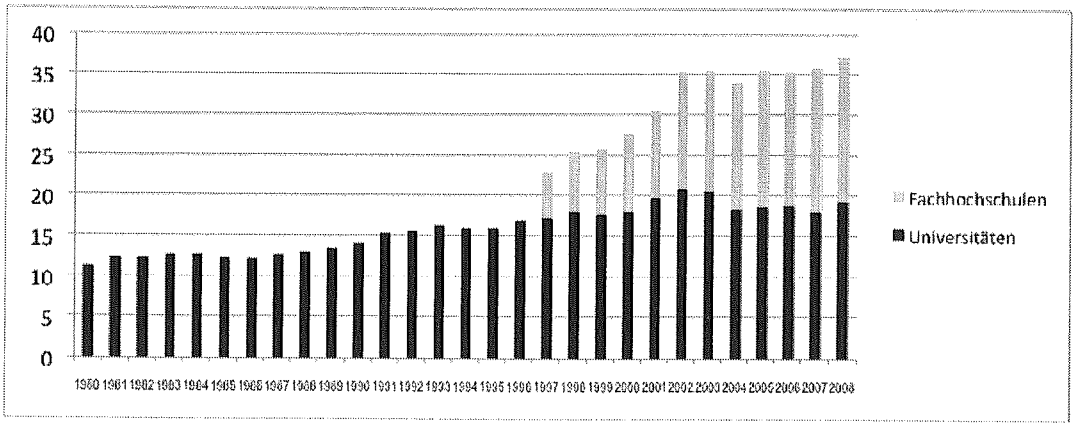
Quelle: *Bundesamt für Statistik* (Eintrittsquote universitäre Hochschulen 1980–2008), 18. und 19. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks.

Dass es durch die Berufsbildungsreform gelungen ist, einen zunehmenden Teil junger Menschen für berufsbildende Ausbildungen und Studien zu gewinnen, lässt sich auch an folgenden Punkten festmachen: (1) Bei den ebenfalls neu geschaffenen Berufsmaturitäten ist es zu einem starken Anstieg der Jahrgangsquote von 6,9 Prozent (1998) auf 12,0 Prozent (2008) gekommen, während die gymnasiale Abschlussquote kaum mehr anstieg. (2) Der Anteil der Gymnasiasten an den Fachhochschulstudierenden stieg an und beträgt nun über 30 Prozent (vor allem in den Bereichen Soziales, Gesundheit und Künste).[16] (3) Die Zahl der Lehrabschlüsse ist ab Ende der 1990er Jahre wieder gewachsen, von ca. 45.000 auf 57.000 (2008). (4) Die Fachhochschulen haben sich als Institutionen etabliert, die jungen Menschen den Zugang zu guten und gut bezahlten Arbeitsstellen in höheren Positionen, wenn in der Regel auch nicht „ganz oben" verschaffen.[17]

[16] *Patricia Tremel/Karl Weber*, Entwicklung der Fachhochschulen und Universitäten im Lichte deskriptiver Daten, in: Karl Weber/Patricia Tremel (Hrsg.), Programmatik und Entwicklung der Schweizerischen Fachhochschulen. (Arbeitsbericht 38) Bern 2010, 79–133, 105.

[17] *Marcel Hänsli/Urs Dürsteler*, Soziale Mobilität durch das Fachhochschulstudium. Bern 2007.

Grafik 1: Entwicklung tertiäre Studieneintrittsquote Schweiz 1980–2008



Quelle: *Bundesamt für Statistik* (Eintrittsquote universitäre Hochschulen 1980-2008).

Viele Indizien sprechen dafür, dass diese Berufsbildungsreform darauf abzielte, vor allem Abkömmlinge aus nicht-akademischen Milieus innerhalb des Systems der dualen Berufsbildung zu behalten. Während an den Universitäten 42 Prozent der Studierenden über Eltern mit einem akademischen Abschluss verfügen, sind es an Fachhochschulen lediglich 23 Prozent.[18] Diese Differenz deckt sich mit Befunden zu den elterlichen Bildungsunterschieden zwischen Universitäten und Fachhochschulen in Deutschland, wo die Anfang der 1970er Jahre eingerichteten Fachhochschulen seit geraumer Zeit einen Drittel der Studierenden beherbergen.[19] Inwiefern seit der Reorganisation der Studiengänge gemäß des Bologna-Prozesses diese Unterschiede weiter verschärft wurden, kann aufgrund des kurzen Beobachtungszeitraums noch nicht beurteilt werden. „Bologna" war in diesem Prozess der Aufwertung berufsbildender Ausbildungsgänge aber ein wichtiges Instrument: Mit „Bologna" konn-

[18] Nicht unerwähnt bleiben soll, dass der Anteil von Fachhochschul-Studierenden mit Eltern mit einem akademischen Abschlusszertifikat besonders in den Bereichen Design, Bildende Kunst, Musik und Theater am höchsten ist (*Bundesamt für Statistik*, Soziale Herkunft der Studierenden FH, 2005).

[19] Auch wenn die Daten der 18. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks sich auf andere Kategorien und auf die Gruppe der StudienanfängerInnen beziehen und damit nicht direkt vergleichen lassen, weisen sie in die gleiche Richtung: 56 Prozent der Eltern von Studierenden an Universitäten verfügten im Jahr 2006 selber über einen Hochschulabschluss, währenddem der Anteil unter Fachhochschulstudierenden bei 40 Prozent liegt. Im Gegensatz dazu beträgt unter den Studierenden an Universitäten der Anteil der Eltern, die höchstens einen Meister-Fachhochschul- oder Technikerabschluss sowie eine Lehre absolviert haben 42 Prozent, unter den Fachhochschulstudierenden beträgt er 58 Prozent. *Wolfgang Isserstedt/Elke Middendorff/Gregor Fabian/Andrä Wolter*, Die wirtschaftliche und soziale Lage der Studierenden in der Bundesrepublik Deutschland 2006. 18. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks, durchgeführt durch HIS Hochschul-Informations-System. Berlin 2007, 127.

te den Studiengängen an den Fachhochschulen nicht nur das von den Behörden zur Attraktivitätssteigerung gesuchte „Euro-Label" umgehängt werden, das die damalige Bundesrätin Ruth Dreifuss im Jahr 1994 als erstrebenswert erachtete.[20] „Bologna" erlaubte es auch und vor allem, die von den Behörden angestrebte „Gleichwertigkeit" der berufsbildenden Studiengänge mit den universitären Hochschulen glaubwürdig zu beanspruchen, umso mehr, als die Bologna-Erklärung den Arbeitsweltbezug und die Verschulung betont, was näher am Selbstverständnis der Fachhochschulen liegt als an jenem der universitären Hochschulen. „Bologna" machte es möglich, dass an den Fachhochschulen dieselben Titel verliehen werden wie an den universitären Hochschulen, wodurch der Formel „andersartig, aber gleichwertig" konkretes Leben eingehaucht und eine neuartige Legitimität verliehen wurde.[21]

Einen Hochschulmarkt schaffen

Richtete sich die bildungspolitische Aufmerksamkeit der Behörden und Wirtschaftsverbände in der ersten Hälfte der 1990er Jahre in erster Linie auf die Bewältigung der Krise der Berufsbildung durch die Gründung von Fachhochschulen, so verbreitete sich zugleich in zunehmendem Maße die Überzeugung, mit hochschulpolitischen Institutionen und finanziellen Mitteln aus den 1960er Jahren könne die Schweiz nun im globalisierten Wettbewerb der „Wissensgesellschaften" nicht mehr mithalten. Als die OECD 1991 einen Länderbericht über das schweizerische Bildungssystem veröffentlichte, waren die kritischen Anmerkungen nicht zu übersehen. Als problematisch thematisiert wurden dabei vor allem die immer noch zu geringe Zahl von Studierenden und die schwache politische Steuerung des Hochschulsystems auf Bundesebene.[22] Einflussreiche Kreise aus dem Großunternehmertum nutzten die Gunst der Stunde nach dem Ende des Kalten Kriegs, um die Schweiz auf neoliberalen Kurs zu bringen, und nahmen auch die Hochschulpolitik ins Visier. So wurde im 1995 erschienenen Weissbuch von Unternehmensführern und Ökonomen zwar die Gründung der Fachhochschulen sehr begrüßt, zugleich aber fehlende Perspektiven in der Forschungs- und Bildungspolitik bemängelt. Die Autoren forderten eine Deregulierung des Hochschulsektors und kostendeckende Studiengebühren. Zudem sollten Netzwerke zwischen Hochschulen und Privatunternehmen gefördert werden.[23]

---

20 *Christoph Wehrli*, „Nutzen wir unsere grauen Zellen besser." Bildungspolitisches Gespräch mit Ruth Dreifuss, Neue Zürcher Zeitung, 25. 6. 1994

21 Dass dies alles andere als selbstverständlich war, zeigt die politische Kontroverse, welche die Autorisierung der Fachhochschulen zum Ausstellen von Master-Diplomen begleitete. Im Jahr 2008 setzten lediglich 16 Prozent aller Fachhochschulstudierenden ihr Studium auf Master-Stufe fort, vor allem in den Bereichen Musik (75 Prozent) sowie Theater und andere Künste (50 Prozent).

22 *OECD*, Review of national policies for education – Switzerland. Paris 1991.

23 *David De Pury et al.*, Mut zum Aufbruch. Eine wirtschaftspolitische Agenda für die Schweiz. Zürich 1995, 40–1, 65–9.

Den Bundesbehörden fehlten bis zu einem gewissen Grad die institutionellen Instrumente und Kompetenzen, um die von internationalen Organisationen wie der OECD oder aus dem Kreise einflussreicher Unternehmerführer geforderten Veränderungen umzusetzen. Bemühungen zur Zentralisierung des föderalistischen Hochschulsystems in der Schweiz sind zwar nichts Neues. Wichtige Einrichtungen und Steuerungsorgane, die noch zu Beginn der 1990er Jahre die Hochschullandschaft prägten, wurden bereits im Wirtschaftsaufschwung und in der Bildungsexpansion im Vierteljahrhundert nach dem Zweiten Weltkrieg geschaffen. Damals nahm der politische Druck zu Gunsten einer einflussreicheren Rolle des Bundes zu. Es kam zur Gründung des Schweizerischen Nationalfonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung (1952), zur Verabschiedung des ersten Bundesgesetzes zur Unterstützung der kantonalen Universitäten durch den Bund (1968), zur Entstehung des Schweizerischen Wissenschaftsrats (1965), der Abteilung für Wissenschaft und Forschung im Eidgenössischen Departement des Innern (1968; Bundesamt für Bildung und Wissenschaft ab 1978) und der Schweizerischen Hochschulkonferenz (1969). Der Historiker Hans-Ulrich Jost spricht von einem „Aufbruch in die Planungseuphorie", gibt aber auch zu bedenken, „dass alle diese Kommissionen und Stellen schlecht koordiniert waren."[24] Die Aufbruchstimmung hatte sich aber bereits Mitte der 1970er Jahre erschöpft, als sich Kräfte durchsetzten, die einer stärkeren staatlichen Förderung der Universitäten skeptisch gegenüberstanden.[25] Als Folge davon erfuhren die Universitätsbudgets ein Vierteljahrhundert lang keine Erhöhung mehr, obwohl die Studierendenzahlen weiter stiegen.[26]

In den 1990er Jahren bemühten sich die Bundesbehörden unter neuem Reformdruck wieder verstärkt um eine Zentralisierung des föderalistischen Hochschulsystems. 1990 wurde im Eidgenössischen Departement des Innern die Gruppe für Wissenschaft und Forschung gebildet, deren erster Direktor, der international renommierte Biologe und ehemalige ETH-Präsident Heinrich Ursprung, 1992 in den Rang eines Staatssekretärs gehoben wurde. Doch ein Reformprogramm für den Hochschulbereich kam erst in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre zustande, unter Leitung des Staatssekretärs Charles Kleiber (1997–2008), der von Bundesrätin Ruth Dreifuss (1993–2002) von der Sozialdemokratischen Partei als Ursprungs Nachfolger eingesetzt wurde. Dem diplomierten Architekten aus der Westschweiz, der sich in den Jahren zuvor mit der Einführung des New Public Management in den Spitälern des Kantons Waadt einen Namen gemacht hatte, gelang es durch eine Zuspitzung der Krisenrhetorik, an die aufgrund der langen Durststrecke stagnierender Budgets verbreiteten Sorgen von Hochschuldozierenden und Forschenden ebenso anzuschliessen wie an die Vorstellun-

24 *Jost*, Sozialwissenschaften als Staatswissenschaften? (wie Anm. 5, 107 ff.).

25 Jeweils in Volksabstimmungen scheiterten zunächst die Aufnahme eines Forschungs- und Bildungsartikels in die Bundesverfassung (1973) und dann die Revision des Hochschulförderungsgesetzes (1977).

26 Im Jahr 1998 verfügten die Universitäten teuerungsbereinigt etwa über gleich viele finanzielle Mittel wie 1973 (*Olivier Longchamp/Yves Steiner*, Bologne, et après? Essai d'histoire immédiate des réformes universitaires récentes, in: Traverse, 2008/3, 125–144, 126). In den strukturell schwachen und von der verstärkten studentischen Nachfrage besonders betroffenen Sozial- und Geisteswissenschaften resultierten dadurch schwierige Arbeits- und Studienbedingungen, die selbst der Bundesrat als „kritisch" bezeichnete (*Bundesrätliche Botschaft*, 2000–03, Bundesblatt 1998, 505, 278).

gen von Wirtschaftsverbänden und internationalen Institutionen. So wusste er sich als Visionär der „Universität von morgen" zu etablieren.[27] Das unter seiner Ägide ausgearbeitete neue Universitätsförderungsgesetz von 2000 stellte die wichtigste Neuerung in der Hochschulpolitik seit den 1960er Jahren dar und enthält die Kernelemente der neuen institutionellen Rahmenbedingen, die es möglich machen sollen, den Hochschulbereich wie einen Markt funktionieren zu lassen.

Das neue Gesetz brachte vor allem zwei wichtige Neuerungen, die sich gegenseitig bedingen. Zum einen wurden die Koordinierungs- und Steuerungsorgane auf Bundesebene in einem bis zu diesem Zeitpunkt sehr stark föderalistisch geprägten System gestärkt. Die Einsicht hatte sich durchgesetzt, dass angesichts der zunehmenden Internationalisierung des Wettbewerbs im Bildungsbereich dem Bund viel stärker als bisher die Kompetenz übertragen werden musste, schweizweit für einheitliche Spielregeln im Hochschulsektor zu sorgen, d.h. die Bedingungen der Forschung, Lehre und vor allem auch Finanzierung von Hochschulen (in zunehmendem Ausmaß nach Leistungsprinzipien statt nach Aufwand) zu bestimmen. Im Gegenzug wurden operative Handlungsspielräume der Hochschulleitungen ausgebaut, damit diese sich im Wettbewerb um behördliche Finanzen „unternehmerisch" betätigen. Diese Entwicklung war durch die Gesetzesrevisionen in einigen Universitätskantonen, vor allem St. Gallen (1995) und Basel (1996), sowie das neue ETH-Gesetz von 1993 bereits eingeleitet worden. Die Position der Rektorate wurde gestärkt und es wurden Hochschulräte als oberste Entscheidungsorgane gebildet, in denen Vertreter der politischen Behörden sich mit Persönlichkeiten aus der Wirtschafts- und Kulturelite treffen. In Basel leitete so etwa der Verwaltungsratspräsident des weltweit zweitgrößten Zementkonzerns Holcim (Rolf Soiron) mehrere Jahre den Universitätsrat, und an der Universität Zürich zählt unter anderen der Verwaltungsratspräsident der Großbank Credit Suisse (Hans-Ulrich Doerig) zu den Mitgliedern des höchsten Entscheidungsorgans. So war das Bild der Universität als Dienstleistungsunternehmen ein gutes Stück näher gerückt.

Das neue Universitätsförderungsgesetz war in der Folge auch für die Umsetzung der Bologna-Deklaration in der Schweiz wichtig, wie der Bemerkung aus einer Botschaft des Bundesrates ans Parlament zu entnehmen ist, wonach „mit der Übertragung der Kompetenz zum Erlass von Rahmenordnungen über die Universitätsausbildung (...) die Schweiz rechtzeitig die Voraussetzung für eine koordinierte und erfolgreiche Umsetzung der Bologna-Deklaration (schuf), das wohl größte Reformvorhaben in der Hochschulbildung in den letzten Jahrzehnten."[28] Anders als hier suggeriert wird, ist das Universitätsförderungsgesetz aber nicht zur Einführung von Bologna ausgearbeitet und eingeführt worden. Es fällt jedenfalls ins Auge, dass weder das Buch von Charles Kleiber über die „Universität von morgen" noch die Botschaft des Bundesrats über die Förderung von Bildung, Forschung und Technologie in den Jahren 2000-2003[29] der Idee einer europäischen Harmonisierung der Studien-

27 *Charles Kleiber*, Die Universität von morgen. Visionen, Fakten, Einschätzungen. Bern 1999.

28 *Botschaft Bundesrat*, HFKG (29.5.2009), Bundesblatt, 4579.

29 *Botschaft Bundesrat*, 2000–03, Bundesblatt 1998-505, 297 ff.

gänge große Aufmerksamkeit schenkten. Entweder haben die Bildungsbehörden ein strategisches Ziel gegenüber dem Parlament und der Öffentlichkeit verschwiegen, oder es ist ihnen selbst erst nach der Unterzeichnung der Erklärung von Bologna durch Staatssekretär Kleiber im Juni 1999 wirklich klar geworden, dass ihnen das „grösste Reformvorhaben der letzten Jahrzehnte" geradezu in den Schoß gefallen war.

Durch die Bezugnahme auf die Notwendigkeit der Umsetzung einer internationalen Erklärung konnten die Bundesbehörden ebenso Druck auf die kantonalen Behörden und Universitäten ausüben, ihre traditionelle Unabhängigkeit einzuschränken, wie die Universitätsleitungen innerhalb der Hochschulen. Wie die Bundesbildungsbehörden gegenüber den Hochschulleitungen, so vermochten diese wiederum nun die Bologna-Karte gegenüber den universitätsinternen Gremien auszuspielen – ein Trumpf, der nicht nur symbolisch und wissenschaftspolitisch, sondern auch finanziell stechen konnte. Denn erstmals seit den 1970er Jahren wurden ab 1999 die Bundesbeiträge an die Universitäten substantiell erhöht, wobei die Mittelvergabe auf Basis des neuen Universitätsförderungsgesetzes mit Vorgaben betreffend die Umsetzung von Bologna verbunden werden konnte.

Tabelle 3: Die Entwicklung der Bundesausgaben für Hochschuleinrichtungen in Millionen CHF. (Zusammenstellung aus den bundesrätlichen Botschaften)

	1996-1999	2000-2003	2004-1007	2008-2011[30]	Entwicklung (1996-2011)
UH	2.021	2.109	2.424	2.812	+ 39,2 Prozent
FH	445	854	1.133	1.705	+ 283,2 Prozent
ETH	5.041	6.965	7.543	8.235	+ 63,4 Prozent

Im Wintersemester 2004/05 besuchte bereits beinahe die Hälfte aller neuen Studierenden an den kantonalen Universitäten einen Bachelor-Studiengang.[31] Laut Berechnungen von Olivier Steiner und Yves Longchamp erfuhren die öffentlichen Ausgaben für die Universitäten und ETH zwischen 1999 und 2004 beinahe eine Verdoppelung. Allerdings handelt es sich um einen selektiven Anstieg, an dem die Sozial- und Geisteswissenschaften kaum teilhatten.[32] Mit der Weiterentwicklung der Schwerpunktprogramme zu Nationalen Forschungsschwerpunkten (NFS) und der Einführung von Förderungsprofessuren, um 200 junge Entrepreneurs du Savoir zu unterstützen[33], versuchte der Schweizerische Natio-

30 Planungsbetrag gemäß Budget in der bundesrätlicher Botschaft von 2008.

31 *Bundesamt für Statistik*, Bologna-Barometer. Neuenburg 2005, 3.

32 *Olivier Longchamp/Yves Steiner*, Bologne, et après? (wie Anm. 24, 134–5).

33 *Martin Benninghoff/ Gaëlle Goastellec*, Le programme professeurs boursiers FNS: un modèle élitiste pour les carrières académiques?, in: Bulletin der Schweizerischen Gesellschaft für Soziologie 136, 2009, 20–22;

nalfonds außerdem ab dem Jahr 2000 das Profil der schweizerischen Forschungspolitik weiter zu schärfen. Die NFS werden oft in sehr enger Kooperation mit Unternehmen und Wirtschaftsverbänden durchgeführt, so etwa das Programm FINRISK über die Risikoevaluation von Finanzmarktanlagen, das von dem 2006 durch die Bankiervereinigung gegründeten Swiss Finance Institute mitgetragen wird.[34] Bei der ersten Auswahl von Forschungsschwerpunkten wurde kein einziges Projekt aus den Sozial- und Geisteswissenschaften berücksichtigt.[35] Der Anstieg der Bundesmittel für Hochschulen und Forschungsprojekte hat also zur Verstärkung des in der Schweiz seit Jahrzehnten bestehenden Zweiklassensystems geführt.

Mit dem neuen Universitätsförderungsgesetz, der Einführung von Bologna und der neuen Profilbildung in der Forschungspolitik ist eine erste Reformphase abgeschlossen. Sie führte auch zu einer Reorganisation in der Bundesverwaltung, als die Gruppe für Wissenschaft und Forschung 2005 mit dem Bundesamt für Bildung und Wissenschaft zusammengelegt wurde, um das Staatssekretariat für Bildung und Forschung (SBF) zu gründen. Charles Kleiber hat die Leitung dieser Verwaltungseinheit mit circa 100 Angestellten im Jahr 2007 abgegeben. Sein Nachfolger, Mauro Dall'Ambrogio, war vorher nicht nur Direktor einer Privatklinikengruppe und seit 2003 Direktor der Fachhochschule Tessin, sondern hatte in den 1990er Jahren auch als Projektleiter bei der Gründung der Universität der Italienischsprachigen Schweiz (USI) gewirkt. Er steht damit für ein neues Modell von Universität, die von Beginn an in sehr enger Kooperation mit der Privatwirtschaft (etwa dem Finanzplatz Lugano) aufgebaut wurde und Studiengebühren erhebt, die weit über dem in der Schweiz üblichen Niveau liegen.[36] Eine zweite Reformphase wurde mit dem neuen Bildungsartikel in der Bundesverfassung eröffnet, welcher am 20. Mai 2006 in einer Volksabstimmung angenommen wurde. Auf dieser Grundlage haben die Behörden 2009 ein neues Gesetz über die Förderung und Koordination im schweizerischen Hochschulbereich vorgelegt, um die bisher getrennten Steuerungsorgane für Universitäten, Fachhochschulen und Pädagogische Hochschulen zusammenzulegen. Es ist geplant, die Grundsätze der Hochschulautonomie und leistungsorientierten Finanzierung zu vertiefen und für die Qualitätssicherung einen Akkreditierungsrat mit eigener Agentur zu bilden.[37]

Martina Merz, Förderungsprofessuren: Exzellenz gegen lokale Interessen?, in: Bulletin der Schweizerischen Gesellschaft für Soziologie 136, 2009, 23–26.

34 *Peter Streckeisen*, Akademisch-finanzieller Komplex, in: Debatte 9, 2009, 18–19.

35 *René Lévy*, Les pôles nationaux de recherche – accélérateurs d'excellence scientifique?, in: Bulletin der Schweizerischen Gesellschaft für Soziologie 136, 2009, 16–19.

36 An der USI bezahlen Studierende mit Schweizer Pass 2.000 Franken, Studierende ohne Schweizer Pass 4.000 Franken pro Semester, während an den anderen kantonalen Universitäten die Gebühren zwischen 700 und 1.000 Franken pro Semester liegen (etwa doppelt so hoch wie zu Beginn der 1990er Jahre).

37 *Botschaft Bundesrat*, HFKG (29.5.2009), Bundesblatt, 4571 ff.

Was folgt auf Bologna?

Das neoliberale hochschulpolitische Programm in der Schweiz ist mit der Umsetzung des Bologna-Prozesses nicht abgeschlossen. Wir dokumentieren nun einige Berichte von wichtigen Akteuren, um Hinweise zu finden, was in den kommenden Jahren auf der Agenda stehen könnte. In einem neuen Bericht zur schweizerischen Hochschulpolitik von 2002 schlagen die OECD-Experten einen ganz anderen Ton an als 1991. Sie stellen befriedigt fest, dass die Schweiz in Bezug auf die Studienanfängerquoten Terrain gut gemacht hat und begrüßen die Reformen, die in der Zwischenzeit umgesetzt worden sind. Zugleich mahnen sie Handlungsbedarf bei der Koordination und Steuerung des Hochschulsystems auf Bundesebene an, die noch zu wenig gestärkt worden seien.[38] Die Konferenz der Universitätsrektoren (CRUS) hat 2008 einen Bericht zur Umsetzung der Bologna-Erklärung veröffentlicht.[39] Der Grundtenor lautet, die strukturelle Reform sei mit der Einführung der neuen Studiengänge und Abschlüsse beendet, aber inhaltlich habe die Reform erst begonnen. Bemängelt werden insbesondere die nicht konsequente Ausrichtung der Studiengänge auf die neuen „paradigmatischen Kriterien der Lehre" (Modularisierung statt Lehrgang; kompetenzorientierte Studienziele statt Vermittlung fachspezifischen Wissens; Vernetzung mit Akteuren ausserhalb der Hochschulen; usw.) sowie die nicht eingelösten Versprechen betreffend die Mobilität der Studierenden. Dieses Dokument spiegelt wohl gut die in den Bildungsbehörden vorherrschende Sicht und lässt erkennen, auf welcher Ebene weiterer Handlungsbedarf geortet wird.

Der einflussreichste Wirtschaftsdachverband in der Schweiz, economiesuisse, hat in seinem Jahrbuch 2005 die Einführung von Bologna ausdrücklich begrüßt und zugleich klargestellt, dass die „Forderungen der Wirtschaft" damit noch nicht erfüllt seien. Vor allem müsse dafür gesorgt werden, dass ein großer Teil der Studierenden nach dem Bachelor nicht weiter studiert, sondern ins Berufsleben einsteigt: „Bologna macht aus Sicht der Wirtschaft nur dann Sinn, wenn der Bachelor eine überzeugende Ausgangspforte in die Arbeitswelt darstellt. Andernfalls hätte man es ja gleich bei der alten Studienordnung belassen können."[40] Diese Forderung steht in einem gewissen Widerspruch zur offiziellen Haltung der zuständigen Behörden, der Master solle an den Universitäten der Regelabschluss bleiben. Laut den neuesten Daten des Bundesamts für Statistik liegt die Übertrittsquote vom Bachelor in den Master an den Universitäten und ETH bei etwa 90 Prozent (über 95 Prozent bei technischen und Naturwissenschaften, 82 Prozent bei Geistes-, Sozial- und Wirtschaftswissenschaften). An den Fachhochschulen nahmen 2008 nur 16 Prozent der Bachelors ein Masterstudium auf, wobei berücksichtigt werden muss, dass in dem Jahr erstmals überhaupt Masterprogramme angeboten wurden.[41] Darüber hinaus scheinen zwischen den Behörden und der Wirtschaftselite Divergenzen in der Frage der Studiengebühren zu bestehen: Im Unterschied

38 *OECD*, Tertiary education in Switzerland. Paris 2003.

39 *Thomas Hildbrand et al.*, Die Curricula-Reform an Schweizer Hochschulen. Stand und Perspektiven der Umsetzung der Bologna-Reform anhand ausgewählter Aspekte. Bern, CRUS-Publikationen 13/2008.

40 *Economiesuisse*, Jahrbuch. Wirtschaftspolitik in der Schweiz 2005, 48.

41 *Bundesamt für Statistik*, Bologna-Barometer 2009. Neuenburg 2009, 6–7.

zu anderen „Vorschlägen" der Wirtschaftsverbände haben die Behörden die Forderung nach einer erheblichen Erhöhung der Gebühren auf mehrere Tausend Franken pro Semester bislang nicht aufgegriffen.

Es ist aus diesem Grunde gut möglich, dass sich die kommenden hochschulpolitischen Auseinandersetzungen auf die Zulassungsbedingungen zu Masterstudiengängen sowie auf die Höhe der Studiengebühren konzentrieren werden. Diese Fragen stehen jedenfalls auf der bildungspolitischen Agenda einflussreicher Unternehmerkreise, denen die Behörden ein gewisses Gehör weder verweigern wollen noch können. Sowohl die wirtschaftsliberale Denkfabrik Avenir Suisse als auch der Dachverband economiesuisse haben „Bologna" zum festen Bestandteil ihrer Argumentation gemacht und nutzen es als Plattform für die Fortsetzung ihres Programms. So hat Avenir Suisse das Ziel einer stärker differenzierten Hochschullandschaft mit drei Wettbewerbs- und Qualitätsniveaus skizziert: Während sich einige wenige „globale Hochschulen" mit den internationalen Spitzeneinrichtungen messen, indem sie qualitativ hoch stehende Forschung sowie renommierte Master- und Promotionsprogramme anbieten, kümmern sich „nationale Hochschulen" um Studierende aus der Region, betreiben kaum Forschung und beschränken sich auf B.A.-Studiengänge; die „europäischen Hochschulen" nehmen eine Zwischenposition ein.[42] Economiesuisse hat dieses Leitbild übernommen und betont die Notwendigkeit, den Hochschulen bei der Bestimmung der Zulassungsbedingungen und Studiengebühren große Freiräume zu geben. Dabei sollten die Gebühren auf der Masterstufe stark angehoben werden und je nach Leistung der Studierenden im Bachelor individuell angesetzt sein können.[43] In der ordoliberalen Tradition des deutschen Neoliberalismus[44] wird darauf vertraut, dass sich die Ausdifferenzierung der Hochschullandschaft und schärfere soziale Selektivität beim Übergang vom Bachelor und Master einstellt, ohne dass sie der Staat direkt anordnet, sondern indem er die Rahmenbedingungen schafft, damit ein zunehmend deregulierter Bildungsmarkt wie gewünscht funktionieren kann.

Das in der Regel durch die Wirtschaftsverbände und die Bildungsbehörden dominierte bildungspolitische Diskussionsfeld erfuhr im November 2009 für wenige Wochen eine leichte Öffnung, als es auch in der Schweiz, angeregt durch die Ereignisse an der Universität Wien, zu einer Protestbewegung unter Studierenden kam. An den Universitäten der fünf größten Städte (Zürich, Genf, Basel, Bern und Lausanne) wurden Hörsäle besetzt, oft originelle Aktionen durchgeführt und zahlreiche Diskussionen geführt. Es war in einem gewissen Sinne das erste Mal seit den Protesten Ende der 1960er Jahre, dass eine Bewegung unter Studierenden nicht nur an einer Hochschule als Reaktion auf ein lokales Problem entstand, sondern etwa gleichzeitig mit ähnlichen Forderungen und Aktionsformen schweizweit pro-

---

42 *Avenir Suisse*, Hochschule Schweiz. Ein Vorschlag zur Profilierung im internationalen Umfeld, April 2004.

43 *Economiesuisse*, Bildungs-, Forschungs- und Innovationspolitik 2008–11. Leitlinien der Wirtschaft. Zürich 2008, 13.

44 *Michel Foucault*, Die Geburt der Biopolitik. (Geschichte der Gouvernementalität. Vorlesungen am Collège de France 1978–79, Bd. 2). Frankfurt am Main 2004.

testiert wurde. Diese Bewegung problematisierte die zunehmende Dominanz von Wirtschaftsinteressen an den Hochschulen, bestehende soziale Ungleichheiten und die mangelnde Demokratie an den Universitäten. Einer kurze Zeit davor veröffentlichten Umfrage zufolge, die im Frühjahr 2008 bei über 10.000 Studierenden an kantonalen Universitäten und ETH durchgeführt wurde, sind viele unzufrieden mit den als zu starr wahrgenommenen Studiengängen, als unnütz erachteten obligatorischen Studieninhalten, Ungerechtigkeiten beim Verhältnis von Aufwand (Arbeitsstunden) und Ertrag (Kreditpunkte), mangelnder Informationen zu Studium und Berufsmöglichkeiten sowie den teilweise eher noch größer gewordenen Mobilitätshürden.[45] Die Solidaritätserklärung mit den studentischen Protesten von über 200 Lehrenden und Forschenden an schweizerischen Hochschulen[46] ist ein Indiz dafür, dass das Unbehagen gegenüber der vorherrschenden Hochschulpolitik auch unter UniversitätsmitarbeiterInnen einen weiteren Kreis kennt.

Schluss

Im vorliegenden Beitrag sind wir davon ausgegangen, dass die Umsetzung der Erklärung von Bologna nur vor dem Hintergrund länderspezifischer Problemstellungen und Interessekonstellationen adäquat analysiert werden kann. Ab Mitte der 1990er Jahre wurde in der Schweiz ein Reformprogramm im Hochschulbereich umgesetzt, mit dem die Bildungsbehörden auf zwei wesentliche Herausforderungen reagieren wollten: auf die Krise der Berufsbildung, die einen tragenden Pfeiler des helvetischen Kapitalismus in Gefahr zu bringen schien, sowie auf die Überforderung der allzu stark föderalistisch geprägten Steuerungsorgane im Bereich der staatlichen Förderung der kantonalen Universitäten, die seit einem Vierteljahrhundert mit eingefrorenen Budgets bei stark steigenden Studierendenzahlen funktionieren mussten. Als Ende der 1990er Jahre die entscheidenden Reformprozesse in Gang gesetzt waren, gab es auf einmal politische Mehrheiten für eine Erhöhung der Hochschulbudgets. Wirtschaftsverbände und Unternehmerkreise, die zuvor auf Einsparungspotenziale an den Hochschulen verwiesen hatten, unterstützten nun die Aufstockung der Budgets als notwendig für die „Wettbewerbsfähigkeit" des Landes. Auch in der laufenden Förderperiode 2008–11 sollen die Bundesausgaben für Wissenschaft und Hochschulen um jährlich 6 Prozent steigen.[47]

---

45 *VSS/CRUS*, Studieren nach Bologna – die Sicht der Studierenden. Bern 2009. Für eine erste Darstellung von Ergebnissen, vgl. *Christian Schneijderberg/ Sarah Gerhard*: Bachelor à la Suisse. Die langen Wege in der kleinen Schweiz, in: Andrea Liesner/Ingrid Lohmann (Hrsg.), Bachelor bolognese. Erfahrungen mit der neuen Studienstruktur. Opladen 2009, 57–80.

46 Informationen zur Studierendenbewegung sind im Internet zu finden: www.unsereuni.ch. Auf dieser Seite steht auch die erwähnte Erklärung der Lehrenden und Forschenden. An Fachhochschulen haben keine Proteste stattgefunden, aber der Dachverband der Fachhochschuldozierenden hat mit anderen Berufsverbänden und Gewerkschaften aus europäischen Ländern eine Erklärung unterzeichnet, die einen klaren Richtungswechsel in der Hochschulpolitik verlangt (siehe unter: www.fh–ch.ch).

47 *Botschaft Bundesrat*, 2008–11.

Die Bologna-Erklärung hat nicht als Ausgangspunkt dieses Prozesses gewirkt, sie ist aber zu einem Kristallisationspunkt bereits laufender hochschulpolitischer Programme geworden. Bei der Schaffung der Fachhochschulen diente sie als passendes Instrument, um der Formel der „gleichwertigen, aber andersartigen" Hochschulen einen Inhalt zu geben. Für die Bildungsbehörden auf Bundesebene hat die Bologna-Erklärung die lang ersehnte Möglichkeit geliefert, konkret die Notwendigkeit einer stärkeren Führungsrolle des Bundes zu demonstrieren und die neu geschaffenen Kompetenzverteilungen anzuwenden, um sie im folgenden Reformschritt zu vertiefen. Da nun die Schweiz sich als Teil eines europäischen Hochschulraums bezeichnet, bestreitet kaum jemand mehr die Notwendigkeit einer gewissen Steuerungsrolle der Bundesbehörden, und der Bezug auf einen internationalen Prozess weist den Vorteil auf, die gewünschten Maßnahmen als unumgängliche Notwendigkeit darzustellen. Einflussreiche Wirtschaftskreise haben Bologna als institutionellen Rahmen akzeptiert, in dem sich ein zunehmend deregulierter Hochschulmarkt entwickeln kann. Darüber hinaus wollen sie die Strukturen von Bologna nutzen, um ihren Vorstellungen einer ausdifferenzierten und sozial selektiveren Hochschullandschaft Schweiz zum Durchbruch zu verhelfen.

Die Umsetzung der Bologna-Erklärung fällt gerade in der Schweiz mit einer im internationalen Vergleich späten institutionellen Anpassung an eine zuerst bescheidene, aber dann länger als in den Nachbarländern anhaltende Bildungsexpansion zusammen. Es ging dabei sowohl darum, die Abwanderung von den berufsorientierten in die allgemeinen Bildungsgänge zu stoppen, als auch einen Großteil der jungen Menschen aus neu an die Hochschulen strebenden Milieus an den Fachhochschulen oder an den Universitäten auf Bachelorebene mit ziemlich bescheidenen Kosten pro Student zu versorgen und rasch in den Arbeitsmarkt zu bringen. In der Hinsicht ist die politisch umkämpfte Frage, wie sich die Übertrittsquote vom Bachelor zum Masterstudium in den kommenden Jahren entwickeln soll und wird, von Bedeutung. Alles scheint darauf hinzudeuten, dass an den Fachhochschulen nur eine deutliche Minderheit weiterstudieren wird. An den Universitäten und ETH zeichnet sich ab, dass sich diese Quote in den technischen und Naturwissenschaften auf höherem Niveau einpendeln dürfte als in den Wirtschafts-, Sozial- und Geisteswissenschaften. Damit würde das traditionelle Zweiklassensystem sich auf eine neue Weise reproduzieren und festigen. Aber es gibt mit Blick auf die Übergangsquoten zum Master (wie betreffend die Studiengebühren) vorerst keinen Konsens zwischen den Bildungsbehörden und den Wirtschaftsverbänden. Die Interessen der Studierenden, Dozierenden und Forschenden könnten in der hochschulpolitischen Diskussion der kommenden Jahre ein größeres Gewicht erhalten, sofern es ihnen besser als bisher gelingt, die ihnen zur Verfügung stehenden materiellen und symbolischen Ressourcen zum Aufbau eines koordinierten Widerstands und gemeinsamen Alternativentwurfes zu nutzen.

Hochschulreformen früher und heute – zwischen Autonomie und gesellschaftlichem Gestaltungsanspruch

herausgegeben von

Rainer Pöppinghege und Dietmar Klenke

shVERLAG